

Die Linke, Fraktion im Rat der Stadt Detmold, Exterstraße 9, 32756 Detmold

An die Ausschüsse und den Rat
der Stadt Detmold
Herrn Bürgermeister Rainer Heller
Marktplatz 5
32756 Detmold
per Mail

Exterstraße 9
32756 Detmold
05231-3028600
ratsfraktion-detmold@dielinke-lippe.de
Sparkasse Detmold
BIC: WELADE3LXXX
IBAN: DE68 4765 0130 0046 2758 71

Detmold, 12.11.2018

Antrag: „Die Stadt Detmold wird mehr in Not geratene Flüchtlinge aufnehmen!“

Sehr geehrter Bürgermeister Heller,

den folgenden Antrag bitten wir, die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Detmold, auf die nächstmögliche Tagesordnung des Rates, bzw. des zuständigen Ausschusses zu setzen:

Beschlussvorschlag:

- **Der Rat der Stadt Detmold schließt sich der Erklärung der Stadt Blomberg, sowie den Erklärungen aus weiteren Städten wie z. B. Lübeck, Potsdam, Bonn, Köln und Düsseldorf an und erklärt, in Seenot geratene Flüchtlinge entsprechend den vorhandenen Kapazitäten aufnehmen zu wollen.**
- **Die Stadt Detmold unterstützt den offenen Brief der Städte Bonn, Köln und Düsseldorf vom 26.07.2018 an Bundeskanzlerin Angela Merkel, der auch vom Deutschen Städte- tag begrüßt wurde.**
- **Der Bürgermeister wird beauftragt, das Bundeskanzleramt und die Presse darüber zu informieren.**

Sachdarstellung:

Die Zahlen Geflüchteter, die in Deutschland ankommen, sind stärker als prognostiziert zurückgegangen. Dadurch stehen auch in Detmold mehr Kapazitäten zur Aufnahme geflüchteter Menschen zur Verfügung.

Da sowieso nicht alle Überkapazitäten bei den vorhandenen Unterkünften kurzfristig abgebaut werden können, kann der Beschluss auch im Rahmen einer sparsamen Haushaltsführung als sinnvolle Maßnahme umgesetzt werden. Denn es gilt nicht zuletzt, die vorhandenen Unterkünfte besser angemessen zu nutzen, als sie durch Leerstände, die ebenfalls einen finanziellen Aufwand verursachen, zu einem völlig nutzlosen Kostenfaktor werden zu lassen.

Gleichzeitig stellen wir jedoch im Hinblick auf die Gesamtsituation Geflüchteter fest, dass der Rückgang nicht auf verbesserten Umständen in den Heimatländern der Schutzsuchenden basiert. Entsprechende politische Willenserklärungen zur Bekämpfung von Fluchtursachen sind bisher nirgends umgesetzt worden.

Vielmehr ist es so, dass stattdessen alle sicheren Fluchtmöglichkeiten massiv eingeschränkt wurden. In der Konsequenz ertrinken immer mehr Menschen beim Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. In letzter Zeit verhindert insbesondere die Kriminalisierung von privaten Rettungsschiffseinsätzen, dass Menschenleben gerettet werden können. Mit dem Argument, dass die Geflüchteten nirgendwo in der EU Aufnahme finden und vor Ort in völlig überlasteten Aufnahmelagern verbleiben müssten, verweigern überdies viele Mittelmeerhäfen und die überwiegende Anzahl von Mittelmeer-Anrainerstaaten den Schiffbrüchigen sichere Anlegeplätze.

Die Menschen zurück nach Libyen zu bringen, darf erst recht keine Option sein: Längst ist bekannt, dass in den dortigen Flüchtlingslagern unmenschliche Zustände herrschen. So berichteten Diplomaten des Auswärtigen Amtes: „Exekutionen nicht zahlungsfähiger Migrant*innen, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste sind dort an der Tagesordnung“.

Wenn der Rat der Stadt Detmold deutlich macht, dass hier auch weiterhin die Bereitschaft besteht, geflüchtete Menschen aufzunehmen, ist dies ein deutliches Signal, dass die Zivilgesellschaft in Detmold einer Verrohung unserer Gesellschaft wirksam entgegentritt. Ein solcher Ratsbeschluss zeigt:

Detmold übernimmt Verantwortung und die Ratsversammlung leistet ihren Beitrag zu einem menschlichen Umgang miteinander!

Daher bitten wir die Mitglieder des Rates um Zustimmung.

Mit freundlichen Grüßen

Evelin Menne

(Fraktionsvorsitzende)